V3 Schulsozialarbeit finanziell auf sichere Beine stellen

Antragsteller*in:	Brigitte Kowalsky (KV Ludwigslust-Parchim)
Tagesordnungspunkt:	7. Aktuelle Debatte/Verschiedene Anträge

Antragstext

> Der Landesdelegiertenrat beauftragt die Landtagsfraktion sich dafür einzusetzen, dass die Schulsozialarbeit im Land Mecklenburg Vorpommern als Pflichtaufgabe etabliert wird, um die langfristige Finanzierung sicher zustellen.

Begründung

Die Schulsozialarbeit ist die intensivste Form der Kooperation von Jugendhilfe und Schule. In Deutschland sind seit 2010 alle Schulen an dieser Form der Zusammenarbeit beteiligt. Da die Schulsozialarbeit bisher nicht als Pflichtaufgabe eingestuft ist, sind die Stellen nicht nachhaltig ausfinanziert. Die ESF Finanzierung ist befristet und das bedeutet, dass der finanzielle Anteil der Kommunen immer weiter steigt.

Der Bedarf an Schulsozialarbeit ist in den Jahren während und nach Corona stetig angestiegen. Kinder und jugendliche Heranwachsende haben während dieser Zeit ein erhöhtes Stresslabel aufgebaut, was die Zahl der benötigten Stellen weiter ansteigen lässt. Ich bitte um Zustimmung für diesen Antrag, denn unsere Schülerinnen und Schüler haben die bestmögliche Unterstützung und Wertschätzung verdient. Sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft.

Unterstützer*innen

Philipp Lübbert (KV LUP); Markus Pawlowski (KV LUP)